



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion: AUE setzt Sanierungsziele nicht durch**

Autor/in: [Jürg Wiedemann](#)

Mitunterzeichnet von: Urs von Bidder

Eingereicht am: 23. Juni 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Durch das Buch *"Falsches Spiel. Die Umweltsünden der Basler Chemie vor und nach "Schweizerhalle"* des Basler Altlastenspezialisten Martin Forter wurde bekannt, dass vom Grossbrand bei Sandoz in Schweizerhalle vom 1. November 1986 eine Deponie mit Brandschadstoffen zurück gelassen worden ist. Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) bestätigt in der Interpellationsantwort 2010-219, dass noch heute mehr Schadstoffe aus dieser Deponie ins Grundwasser gelangen, als damals mit Sandoz verbindlich vereinbart. Novartis und Syngenta als Nachfolgefirmer sowie Clariant halten sich bis heute nicht an die damals vereinbarten Abmachungen.

In der Basler Zeitung vom 4.6.2011 war nun zu lesen, dass das AUE noch vor den Sommerferien eine Neubeurteilung der Deponie *"auf Basis der (...) Altlastenverordnung und der heute gültigen Rechtssprechung"* bekannt geben will.

Ich bitte den Regierungsrat um schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum setzt der Regierungsrat nicht um, was er damals mit der Industrie vereinbart hat?
2. Warum verfügt er unter Berufung auf diese bis heute nicht eingehaltenen aber gültigen Sanierungsziele keine zweite Sanierung?
3. Stimmt die Einschätzung, dass diese Neubeurteilung in erster Linie zum Ziel hat, die damals mit der Industrie getroffenen Vereinbarungen aufzuweichen, um sie heute nicht mehr durchsetzen zu müssen?

Durch eine Aufweichung dieser Vereinbarungen wird folgendes Zeichen gesetzt: Es ist nicht so wichtig, was Industrie und Kanton Basel-Landschaft vereinbaren. Setzt die Industrie dies nicht um, so springt der Kanton in die Bresche und erklärt, was vor 17 Jahren vereinbart worden sei, habe heute keine Gültigkeit mehr.

4. Teilt der Regierungsrat die Sorge, dass eine Aufweichung der damals vereinbarten Sanierungsziele zur Folge haben könnte, dass die Industrie sich auch an zukünftige Abmachungen mit der Baselbieter Regierung nicht hält, weil die Chemie damit rechnen kann, nicht zu ihrer Verantwortung stehen zu müssen?